

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 03 | 17.01.2025

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Dr. Max Hofmann | Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 7/2025](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von **Kaufkraftausgleichszulagen** für im Ausland verwendete Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2025/25 v 10.01.2025](#)

Richtlinie (EU) 2025/25 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 zur Änderung der Richtlinien 2009/102/EG und (EU) 2017/1132 zur **Ausweitung** und **Optimierung** des **Einsatzes digitaler Werkzeuge** und **Verfahren im Gesellschaftsrecht**

[ABI L 2025/50 v 10.01.2025](#)

Richtlinie (EU) 2025/50 des Rates vom 10. Dezember 2024 über eine schnellere und sicherere Entlastung von **überschüssigen Quellensteuern**

[ABI L 2025/11 v 14.01.2025](#)

Verordnung (EU) 2025/11 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1806 im Hinblick auf **Vanuatu**

[ABI L 2025/37 v 15.01.2025](#)

Verordnung (EU) 2025/37 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/881 im Hinblick auf **verwaltete Sicherheitsdienste**

[ABI L 2025/38 v 15.01.2025](#)

Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von **Cyberbedrohungen** und **Sicherheitsvorfällen** und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (**Cybersolidaritätsverordnung**)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

15.06.2023, [E 1135/2022 ua](#)

VersammlungsG; Verletzung im Recht auf Versammlungsfreiheit durch die **Zurückweisung von Versammlungsanzeigen** zum Thema Klimagerechtigkeit; Verkennung der maßgeblichen Kriterien für eine Versammlung hinsichtlich der im Rahmen der Klimacamps angebotenen Aktivitäten; Überwiegen des Versammlungscharakters nach Abwägung aller Aspekte wie der räumlichen Nähe der an unterschiedlichen Orten stattfindenden Workshops und Summer Schools, das Abhalten von Debatten und Diskussionen, das Aufstellen von Infotischen sowie die Absicht, die Anwesenden zu einem **gemeinsamen Wirken** zu bringen

26.11.2024, [E 2003/2023](#)

B-VG; EnergieabgabenvergütungsG; Verletzung im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf **Gleichheit** vor dem Gesetz durch Ausüben von Willkür; Unterlassen von Ermittlungen und Begründungen, welche Gründe für die Annahme sprechen, dass durch die Bearbeitung der – nach der Feststellung des BFG „nicht mehr brauchbaren“ – Metallteile kein Produkt **anderer Marktgängigkeit** geschaffen worden sowie die Bearbeitung nicht Teil des Entstehungsprozesses eines später am Markt gehandelten Endprodukts sei

03.12.2024, [G 10/2024 ua](#)

Oö Natur- und LandschaftsschutzG; Aufhebung von § 43a Oö Natur- und LandschaftsschutzG betreffend den Ausschluss der **aufschiebenden Wirkung** als verfassungswidrig; keine Erforderlichkeit der Abweichung von § 13 VwGVG iSd Art 136 Abs 2 B-VG

11.12.2024, [G 85/2024](#)

Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Energiekrisenbeitrag-Strom mangels Verfassungswidrigkeit; keine **unsachliche Gleichbehandlung** von Steinkohle und anderen Energiequellen

11.12.2024, [E 1757/2024](#)

Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom; keine Verletzung in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm; keine **denk unmögliche Missachtung** des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts ersichtlich

12.12.2024, [E 2499/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz einer somalischen Staatsbürgerin durch Ausüben von Willkür; Unterlassen jeglicher Ermittlungstätigkeit zur Zugehörigkeit der Bf zur sozialen Gruppe der – besonders vulnerablen – alleinstehenden somalischen Frauen

12.12.2024, [E 4238/2024](#)

AsylG; Verletzung im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** gem Art 8 EMRK mangels Durchführung einer gebotenen Interessenabwägung betreffend die Erlassung einer Rückkehrentscheidung, die Zulässigkeit der Abschiebung und die Setzung der Frist für die freiwillige Ausreise

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

12.12.2024, [Ra 2023/10/0425](#)

Wr MindestsicherungsG; im Falle von **Kostenersatzansprüchen** nach § 24 Wr MindestsicherungsG sind gem § 44 Abs 20 fünfter Satz leg cit die Bestimmungen des Wr MindestsicherungsG idF LGBl 3/2023 anzuwenden, unabhängig davon in welchem Zeitraum die Kosten entstanden sind; für die **Nichtverwertbarkeit des Vermögens** iSd §12a leg cit ist zu prüfen, ob die summierten Zuflüsse von Leistungen gem § 10 Abs 6 Z 2 leg cit auf dem Konto im Zeitraum zwischen den Zuflüssen und der Überweisung auf ein gesondertes Sparbuch – betragsmäßig – stets vorhanden oder etwa unterschritten wurden; nur in letzterem Fall wäre davon auszugehen, dass das Vermögen nicht aus den erwähnten Zuflüssen stammt, weil es insofern nicht mehr vorhanden war

12.12.2024, [Ra 2023/10/0016](#)

ApothekenG; Konzession zur Errichtung und zum Betrieb einer neuen öffentlichen Apotheke; bei Erfüllung oder Nichterfüllung der negativen **Bedarfsvoraussetzungen** des § 10 Abs 2 Z 2 ApothekenG kommt es auf die Lage der Betriebsstätte(n) im Zeitpunkt der Bescheiderlassung an; geplante Verlegung der Betriebsstätte ist keine im Apothekenkonzessionsverfahren präjudizielle Rechtsfrage; sowohl hinsichtlich des verbleibenden Versorgungspotenzials (Z 3 leg cit) als auch hinsichtlich der Mindestentfernung (Z 2 leg cit) ist Beurteilungsgegenstand die im Antrag umschriebene Betriebsstätte; Inhabern bestehender öffentlicher Apotheken kommt im Apothekenkonzessionsverfahren **kein Mitspracherecht** zur Frage der Standortumschreibung zu; VwG war daher nicht berechtigt, diese Frage neu zu beurteilen

13.12.2024, [Ra 2023/03/0150](#)

Güterbeförderungsg; **GewO**; Entziehung einer **Konzession** gem § 5 Abs 1 Z 1 Gütbeförderungsg iVm § 91 Abs 2 GewO aufgrund des Wegfalls der **Zuverlässigkeit** einer (trotz Aufforderung nicht entfernten) Person mit maßgebendem Einfluss auf den Betrieb der Geschäfte – mag sie auch ein **Verkehrsleiter** sein – hängt nicht von einer (vorherigen) Erklärung der Nichteignung des Verkehrsleiters gem Art 14 VO 1071/09 und § 5a Abs 2 Gütbeförderungsg ab; VwG wird im fortgesetzten Verfahren iSd unmittelbar anwendbaren Art 6 Abs 2 VO 1071/09 die Verhältnismäßigkeit der Entziehung der Konzession konkret zu prüfen und seine Entscheidung zu begründen haben; Aufforderung zur Entfernung maßgebender Personen gem § 91 Abs 2 GewO stellt ein gelinderes Mittel zur sofortigen Konzessionsentziehung dar

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 15.11.2024, [W270 2214075-1](#)

UVP-G; Schutzzweck des schutzwürdigen Gebiets „**Siedlungsgebiet**“ ist die Beurteilung der Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden (also die Lebensqualität) der betroffenen Bevölkerung; bei Berücksichtigung des Umstands, dass es – aus sachverständiger Sicht – gegenüber dem Ist-Bestand zu keiner Änderung, insb auch nicht der **Belästigung oder Belastung** durch Geruch oder der Gesundheitsgefährdung, kommt, war zu schließen, dass der Schutzzweck durch die Verwirklichung des Vorhabens und dessen Auswirkungen nach Art und Nachhaltigkeit nicht wesentlich iSd § 3 Abs 4 UVP-G beeinträchtigt wird

BVwG 12.12.2024, [L521 2296086-1](#)

ORF-G; ORF-Beitrags-G; § 31 Abs 19 ORF-G stellt eine hinreichende rechtliche Grundlage für die **Festsetzung und Einhebung** des ORF-Beitrags bis zu einer Obergrenze von EUR 15,30 pro Monat in der Übergangsphase dar, ohne zuvor die nach § 31 Abs 1 bis 6, 8 und 9 leg cit vorgesehenen Verfahren zu durchlaufen; keine wesentliche Änderung einer bestehenden und mit Art 107 AEUV vereinbarten staatlichen Beihilfe (nämlich des Programmentgelts)

LVwG Nö 20.12.2024, [LVwG-AV-2566/001-2023](#)

Nö BauO; Unterschiedliche Berufungsentscheidungen über **mehrere Berufungen** von Nachbarn sind zur Wahrung der Parteirechte nach dem AVG zusammenzuführen

LVwG Oö 14.10.2024, [LVwG-780341](#)

B-VG; eine „einfache“ behördliche Untätigkeit, die nicht als Akt unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt verstanden werden kann, liegt dann vor, wenn die Behörde bloß untätig blieb, weil sie nicht von ihrer Befehls- und Zwangsgewalt Gebrauch gemacht hat; das **Unterlassen einer Amtshandlung** für sich allein ist noch **nicht** als Akt unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt zu qualifizieren; das bedeutet, dass das – wie die Bezeichnung schon indiziert – bloße Untätigbleiben einer Behörde aufgrund des fehlenden Befehls- oder Zwangscharakters keine Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt darstellt.

LVwG Wien 20.11.2024, [VGW-101/092/9519/2024](#)

EMRK; PersonenstandsG; keine Berichtigung des Nachnamens der Bf (**Entfernung des Zusatzes „von“**) im Zentralen Personenstandsregister im Hinblick auf die Rsp des EGMR und das Recht der Namensträgerin auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens nach über 30-jähriger akzeptierter Verwendung

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[16.01.2025, Rs C-642/23, Flightright \(Compte de fidélité\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 8 Abs 1 Buchst a – Anspruch auf Erstattung der Flugscheinkosten im Fall der Annullierung eines Fluges – Wahl zwischen einer Erstattung in Geld oder in Form von Reise Gutscheinen – Art 7 Abs 3 – Begriff ‚schriftliches Einverständnis des Fluggasts‘ – **Anlage eines Treuekontos** auf der Website des Luftfahrtunternehmens durch den Fluggast

[16.01.2025, Rs C-516/23, Qatar Airways](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 3 Abs 3 – **Kostenlose Reise** oder Reise zu einem **reduzierten Tarif**, der für die Öffentlichkeit nicht unmittelbar oder mittelbar verfügbar ist – Fluggast, der nur Gebühren und Luftverkehrssteuern gezahlt hat – Buchung im Rahmen einer Werbeaktion – Art 8 Abs 1 Buchst c – Anspruch auf anderweitige Beförderung zu einem späteren Zeitpunkt – **Nichterforderlichkeit** eines **zeitlichen Zusammenhangs** zwischen dem annullierten Flug und dem vom Fluggast gewünschten anderweitigen Flug

[16.01.2025, Rs C-644/23, Stangalov](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art 8 – **Recht auf Anwesenheit** in der Verhandlung – Unterrichtung über die Verhandlung und über die Folgen des Nichterscheinens – Unmöglichkeit, die beschuldigte Person trotz angemessener Bemühungen der zuständigen Behörden ausfindig zu machen – Möglichkeit einer **Verhandlung** und einer **Verurteilung in Abwesenheit** – Art 9 – Recht auf eine neue Verhandlung oder auf Einlegung eines sonstigen Rechtsbehelfs, die bzw. der eine neue Prüfung des Sachverhalts ermöglicht – Kein solches Recht, wenn sich die betroffene Person dem Handeln der Justiz entzieht

[16.01.2025, Rs C-588/23, Scai](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rückforderung einer **rechtswidrigen** und mit dem **Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfe** – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 16 – Im Rückforderungsbeschluss der Europäischen Kommission genannter Empfänger einer Einzelbeihilfe – Durchführung des Rückforderungsbeschlusses – Übergang der Beihilfe auf ein anderes Unternehmen nach Erlass des Rückforderungsbeschlusses – **Wirtschaftliche Kontinuität** – Beurteilung – Zuständige Behörde – Ausweitung der Rückzahlungspflicht auf den tatsächlichen Empfänger – Grundsatz des kontradiktorischen Verfahrens – Art 41 und 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[16.01.2025, Rs C-424/23, DYKA Plastics](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Vergabe öffentlicher Bauaufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 42 – Technische Spezifikationen – Formulierung – Abschließender Charakter der Aufzählung in Art 42 Abs 3 – Ausschreibung, in der die Ausführung

von Abwasserarbeiten mit Rohren aus Steinzeug oder Beton verlangt wird – **Ausschluss von Rohren** aus Kunststoff – Art 42 Abs 4 – Verweis auf Typen oder eine bestimmte Produktion – Fälle, in denen ein Verweis mit dem Zusatz ‚oder gleichwertig‘ zu versehen ist

[16.01.2025, Rs C-400/23, VB II \(Information sur le droit à un nouveau procès\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – **Recht auf Anwesenheit** in der Verhandlung – Art 8 Abs 2 – Verhandlung, die zu einer Verurteilung oder zu einem Freispruch in Abwesenheit führt – Voraussetzungen – Art 8 Abs 4 – Verpflichtung, die in **Abwesenheit verurteilte Person** über die ihr zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe zu unterrichten – Art 9 – Recht auf eine neue Verhandlung oder auf Einlegung eines sonstigen Rechtsbehelfs, die bzw der eine neue Prüfung des Sachverhalts ermöglicht und zur Aufhebung der ursprünglichen Entscheidung führen kann – Art 10 Abs 1 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Nationale Regelung, nach der die Anerkennung des Rechts auf eine neue Verhandlung davon abhängt, dass die **Wiederaufnahme des Strafverfahrens** bei einer Justizbehörde beantragt wird, vor der die in Abwesenheit verurteilte Person erscheinen muss

[16.01.2025, Rs C-376/23, BALTIC CONTAINER TERMINAL](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – **Zollkodex** der Union – Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 – Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 – Freizonen – Wechsel des zollrechtlichen Status von Nicht-Unionswaren zu Unionswaren – Aufzeichnungen des Inhabers einer Bewilligung für die Ausübung von Tätigkeiten in einer Freizone – **Vertrauensschutz** – Rechtskraft

[16.01.2025, Rs C-346/23, Banco de Santander \(Représentation des consommateurs individuels\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Märkte für Finanzinstrumente** – Richtlinie 2004/39/EG – Art 52 Abs 2 – Klage im Interesse der Verbraucher – Verbraucherverbände, die ein berechtigtes Interesse am Schutz der Verbraucher haben – Klagebefugnis zur Wahrnehmung der individuellen Interessen ihrer Mitglieder – **Verlust der Klagebefugnis** bei Investitionen in Finanzprodukte von hohem wirtschaftlichen Wert – Befreiung von den Prozesskosten und der Verpflichtung zur Tragung der Kosten der Gegenpartei – Verfahrensautonomie – **Effektivitätsgrundsatz**

[16.01.2025, Rs C-277/23, Ministarstvo financija \(Bourse Erasmus+\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 Abs 1 AEUV – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – **Steuerrecht** – Einkommensteuer – Berechnung des Grundfreibetrags für ein unterhaltsberechtigtes Kind, das im Rahmen des Programms **Erasmus+** eine Unterstützung zur Förderung der Lernmobilität erhalten hat – Verordnung (EU) Nr 1288/2013 – Besteuerung der zur Förderung der Mobilität der von dieser Verordnung erfassten Einzelpersonen gewährten Finanzhilfen – Beschränkung der Freizügigkeit – Verhältnismäßigkeit

[16.01.2025, Rs C-726/22 P, Kommission/ Pollinis France](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 3 Unterabs 1 – Schutz des Entscheidungsprozesses – Verordnung (EU) Nr 182/2011 – **Ausschussverfahren** – Von den Mitgliedstaaten und anderen Ausschussmitgliedern geäußerte Standpunkte – Verweigerung des Zugangs

B. SCHLUSSANTRÄGE

[16.01.2025, Rs C-600/23, Royal Football Club Seraing \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gerichtliche Rechtsbehelfe – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Art 47 der Charta – FIFA-Statuten – **Schiedsgericht für Sport** – Vom Gericht eines Drittstaats überprüfte Vereinbarkeit eines Schiedsspruchs mit dem Unionsrecht – Innerstaatliche Vorschriften, die Rechtskraft verleihen

[16.01.2025, verb Rs C-281/23 P und C-282/23 P, Polskie sieci elektroenergetyczne ua/ ACER \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Verordnung (EU) 2019/942 – Beschwerdeausschuss der ACER – Intensität der Kontrolle über die Entscheidungen von ACER – Verordnung 2017/2195 – Elektrische Regelarbeit – Übertragungsnetzbetreiber – Einrichtung der europäischen Plattformen für den Austausch von Regelarbeit – Europäische Plattformen für den Austausch

von Regelarbeit aus Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung (aFRR-Plattform) – Europäische Plattform für den **Austausch** von **Regelarbeit** aus **Frequenzwiederherstellungsreserven** mit manueller Aktivierung (mFRR-Plattform) – Ausarbeitung und Genehmigung der Umsetzungsrahmen der europäischen Plattformen – Funktionen für den Betrieb der Plattformen – Grenzüberschreitende Übertragungskapazität für Regelarbeit – Ablehnende Entscheidung der ACER über den gemeinsamen Vorschlag der Netzbetreiber

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

09.01.2025, Beschwerde Nr [51448/15](#), *Petrosyan / Armenien*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); Verletzung von **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); unzureichende und unangemessene **Untersuchung der Umstände des Todes** und der möglichen Verantwortung bestimmter Personen oder Behörden; keine zufriedenstellende und überzeugende Erklärung für den Tod; Gericht kann nicht abschließend feststellen, ob es einen wirksamen Mechanismus zur Feststellung einer institutionellen Haftung staatlicher Stellen für eine Verletzung von Art 2 EMRK gibt, wenn das einschlägige innerstaatliche Verfahren nicht mit einer strafrechtlichen Verfolgung und/oder einer Verurteilung endet; selbst wenn es ein solches Verfahren gäbe, würde der Betrag einer möglichen Entschädigung angesichts der im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Höchstgrenze für die Zuerkennung eines immateriellen Schadens, der infolge einer Verletzung des Rechts auf Leben erlitten wurde, eine **unzureichende Entschädigung** darstellen

09.01.2025, Beschwerde Nr [38127/22](#), *Zafferani u.a. / San Marino*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren); **Eingriff des Gesetzgebers** durch den Erlass und die sofortige rückwirkende Anwendung eines neuen Gesetzes auf ein anhängiges Verfahren über den Wiederaufbau der Laufbahn der Bf im Hinblick auf ihre Beschäftigung beim Militär, wodurch das Ergebnis des Verfahrens endgültig zugunsten des Staats geändert wird; Fehlen hinreichender zwingender Gründe, die die mit der Anwendung einer rückwirkenden Regelung verbundenen Gefahren aufwiegen können

14.01.2025, Beschwerde Nr [38514/22 u.a.](#), *Petrović u.a. / Kroatien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); weiterhin **keine Aufklärung** des Schicksals von Neugeborenen, die in staatlichen Krankenhäusern entführt worden sein sollen

14.01.2025, Beschwerde Nr [24733/15](#), *N.Ö. / Türkei*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Versäumnis** der **innerstaatlichen Gerichte**, angemessen auf die Behauptungen der Bf, an ihrem Arbeitsplatz von ihrem Vorgesetzten sexuell angegriffen worden zu sein, zu reagieren und den Fall der erforderlichen sorgfältigen Prüfung zu unterziehen ; Versäumnis, die verfügbaren Mittel zur Feststellung der **Untersuchung von Sexualdelikten** könnte eine kontextsensitive Bewertung erfordern, die sich auf die Fakten eines Falls bezieht und nicht auf stereotype Annahmen oder Überlegungen darüber, wie sich ein Opfer sexueller Gewalt verhalten sollte; Gerichte für häusliche Gewalt müssen die Relevanz des Zeitpunkts der Beschwerde im Zusammenhang mit anderen Beweisen prüfen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Dr. Max Hofmann, Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Nikolaus Kuri, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Univ.-Ass. Dr. Elisabeth Poltschak, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.